

Ressort: Politik

CDU-Arbeitnehmerflügel stellt Abgeltungsteuer infrage

Berlin, 18.12.2014, 05:00 Uhr

GDN - Der Bundesvize der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäuml, stellt angesichts des bevorstehenden automatischen Informationsaustausches in Steuersachen zwischen vielen Ländern die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge infrage. Wenn das Projekt eines globalen Informationsaustausches gelinge, "gibt es keinen Grund mehr für eine steuerliche Privilegierung von Kapitaleinnahmen", sagte der CDU-Politiker dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe).

"Wer arbeitet, darf nicht schlechter behandelt werden als derjenige, der Kapitalerträge erzielt." Bäuml unterstützt damit ausdrücklich eine entsprechende Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). "Diese Forderung teile ich dahingehend, dass ab 2018 Kapitaleinnahmen nicht mehr mit 25 Prozent, sondern mit dem jeweiligen persönlichen Steuersatz versteuert werden sollen." Die Mehreinnahmen sollten nach Meinung Bäumlers in die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur investiert werden. Der Chef der Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Sieling, sprach von einem wichtigen Signal aus der Union. "Herr Bäuml hat recht: Spätestens 2018 muss Schluss sein mit der Abgeltungssteuer, besser schon 2017", sagte Sieling dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dürfe daher nicht weiter zaudern, sondern müsse unverzüglich mit der Arbeit anfangen und einen Gesetzentwurf erarbeiten. Die Koalition müsse auch in der Steuerpolitik Handlungsfähigkeit zeigen. "Wer jetzt noch warten will, will in Wirklichkeit alles beim Alten lassen", warnte Sieling. "Ich hoffe, der Vorstoß von Herrn Bäuml sorgt bei der Union endlich für Bewegung in dieser Frage." Auch die steuerpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Lisa Paus, hält den Vorstoß aus der CDU für richtig. Sie plädierte allerdings dafür, die Pauschalsteuer sofort abzuschaffen. Eine Abgeltungsteuer sei heute "noch weniger begründbar als bei der Einführung, weil sich das Entdeckungsrisiko der Steuerhinterziehung wesentlich erhöht hat", sagte Paus dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). Das Festhalten an der anonymen Abgeltung passe nicht zusammen mit einem konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung. "Die Bundesregierung sollte die ernsthaften Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Abgeltungsteuer ernst nehmen, wenn sie ein weiteres Debakel wie bei der Erbschaftsteuer vermeiden will", so Paus.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-46566/cdu-arbeitnehmerfluegel-stellt-abgeltungsteuer-infrage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619